

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 1

Rubrik: Zeichen der Zeit : das Ende der Sowjetunion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Das Ende der Sowjetunion

Die Sowjetunion ist nicht mehr. Am 21. Dezember 1991 haben sich in Alma Ata elf ehemalige Sowjetrepubliken zu einer «Gemeinschaft unabhängiger Staaten» zusammengeschlossen. Die Sowjetunion wurde für aufgelöst, Staatspräsident Gorbatschow für abgesetzt erklärt. Ausser dem Baltikum fehlt nur noch Georgien in der neuen Staatenverbindung auf dem Gebiet der alten Sowjetunion. Noch in der Silvesternacht soll die Rote Fahne auf dem Kreml eingezogen werden – ein symbolischer Vorgang von weltgeschichtlicher, aber auch weltgeschichtlich unabsehbarer Bedeutung. Mit der Erleichterung über das gewaltlose Ende eines Gewaltsystems verbindet sich die Sorge um die Zukunft. Nichts Gutes verheissen die fortgesetzte Willkürherrschaft unter neuen Republikzaren, deren Prestigespiel mit dem atomaren Feuer und die zunehmende Verelendung der Volksmassen. Ist «Perestroika» am Ende, Gorbatschow am Ende nur der «nützliche Idiot» des triumphierenden Weltkapitals gewesen? «Ende schlecht, alles schlecht?»

Implosion eines Weltreichs

«Ohne Kampf gibt das Alte nicht auf.» Was Gorbatschow zu Beginn der «Perestroika» feststellen musste, hat im Putsch des 19. August 1991 seinen Höhepunkt und sein Ende gefunden. Doch nun entbrennt ein *neuer Kampf*, den die Herrschenden in den Gliedstaaten des alten Reichs um Macht und Einfluss führen. Allen voran verabschiedet Boris Jelzin die Sowjetunion mit Intrigen, Wort- und Rechtsbrüchen, die nicht eben in die demokratische und rechtsstaatliche Zukunft weisen, die in Alma Ata versprochen wurde.

Es ist schwer verständlich, warum sich die Sowjetrepubliken nicht um einen verfassungsmässigen Übergang vom alten Zentralstaat zu ihrer eurasischen Staatenge-

meinschaft bemühten. Schon der slawische Dreierbund vom 8. Dezember in Brest, der dem Bündnis von Alma Ata vorausging, war nicht mehr und nicht weniger als ein «*stiller Putsch*» (TA, 10.12.91) gewesen. Da Gorbatschow als Hüter der sowjetischen Verfassung das illegale Vorgehen der Präsidenten Russlands, Weissrusslands und der Ukraine nicht einfach hinnehmen konnte, musste er getäuscht werden. Dies geschah durch den Wortbruch des Machtmenschen aus Moskau. Eben noch hatte er Gorbatschow die Zusicherung gegeben, dass auch Russland am Fortbestehen der Sowjetunion interessiert sei. Das war ein Täuschungsmanöver gewesen, wie der Dreier-Coup von Brest zeigte. Jelzin leistete sich gar den Affront, das beschlossene Ende der Sowjetunion dem amerikanischen Präsidenten noch vor Michail Gorbatschow anzukündigen. (Zu diesem Kotau vor dem US-Imperialismus passt Jelzins heutiger Drang zur Nato nicht weniger als sein Ruf nach sowjetischer Beteiligung am Golfkrieg im Frühjahr 1991.)

Der Vorgang ist von erheblicher Tragweite, wie immer, wenn Legitimität sich gegen Legalität behaupten will. Dass die Unionsrepubliken die Unabhängigkeit von der früheren Moskauer Zentrale wollen, haben sie unmissverständlich kundgetan, die 37 Millionen Wahlberechtigten der Ukraine noch am 1. Dezember mit 9 von 10 Stimmen. Die Republikspräsidenten hätten sich gleichwohl an Gorbatschows Angebot einer verfassungskonformen Trennung von der UdSSR halten können. Sie haben es nicht getan. Der *unnötige Verfassungsbruch* diskreditierte die untergehende Sowjetunion als Unrechtssystem, dem nicht einmal mehr die Referenz des rechtsförmlichen Übergangs zur neuen Staatenverbindung erwiesen werden sollte.

Jelzins willkürlicher Umgang mit dem Recht beschränkt sich nicht auf die Liquidation der UdSSR, sondern kennzeichnet

auch die Art und Weise, wie er die übrigen Republiken der *russischen Hegemonie* unterwerfen will. Die Atomwaffen, der ständige Sitz im Sicherheitsrat und damit die Rechtsnachfolge der Sowjetunion in der Aussen- und Verteidigungspolitik sollen, wenn es nach Jelzin geht, an die russische Regierung und nicht an die in Alma Ata vereinbarte Gemeinschaft übertragen werden. Andere Republiken tun's ihm gleich. Eben erklärte Kasachstans Präsident Nasarbajew, er werde die in seiner Republik stationierten Atomwaffen nicht abgeben, solange nicht auch Russland einen gleichen Schritt tue.

Damit kommt wieder jene Unsicherheit in die Weltpolitik, die unter Gorbatschow überwunden schien. Dass sich die 27 000 sowjetischen *Atomwaffen*, darunter 16 000 kleinere, «taktische», kontrollieren liessen, wie ihre machttrunkenen Erben urbi et orbi verkünden, ist in dieser Situation unklarer Verträge und chaotischer Kommandostrukturen wenig glaubwürdig. Schwarzhandel mit nuklearem Material, arbeitslose Atomexperten, die ihr Know-how an Drittwelt-Potentaten verschachern, und terroristische Überfälle auf Konvois mit taktischen Atomwaffen sind inzwischen realistische Horror-Szenarien geworden.

Zu Recht plädierte Gorbatschow für ein koordinierendes Zentrum innerhalb der neuen Gemeinschaft, für einen *bundesstaatlichen Umbau* der UdSSR. Wie anders sich das Arsenal von ABC-Waffen oder die «zivile» Nukleartechnologie überwachen, wie anders sich drohende Bürgerkriege vermeiden und bedrohte Minderheiten schützen liessen, ist nicht abzusehen. Aber auch das russische Hegemoniestreben könnte nur innerhalb eines föderalistischen Rechtsstaates in Schranken gehalten werden. Wenn es ferner zutrifft, dass sich die unabhängigen Republiken die Europäische Gemeinschaft zum Vorbild nehmen, sollten sie auch an das fest vereinbarte Ziel einer politischen Union des westlichen Europa denken. Warum heute zerstören, was morgen wieder mühsam aufgebaut werden müsste?

Rechtswillkür setzt sich ebenfalls in der Innenpolitik der neuen Republiken fort. «Heute gibt es in Russland keine Regierungsgewalt und keine Demokratie. Die Behörden legen das Recht in Russland willkür-

lich aus, genauso wie sie es vor der Reform getan haben.» Die massive Kritik stammt von keinem geringeren als dem russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoi (TA, 19.12.91). Wenn jedoch der Respekt vor dem Recht aufhört, fehlt es an der Rechtssicherheit, die zu den Errungenschaften des modernen Rechtsstaates gehört, dem sich die ehemals sowjetischen Republiken angeblich verpflichtet fühlen. Ohne solche Orientierungssicherheit kann auch die Wirtschaft die Menschen nicht zuverlässig mit Gütern und Dienstleistungen versorgen. «Als Ergebnis sehen wir uns jetzt in den Himmel schiessenden Preisen, Schwarzmarkt, Inflation, Produktionsabfall, Störungen von Geschäfts- und Lieferbeziehungen und einer Treibstoffkrise gegenüber», fährt der russische Vizepräsident Ruzkoi in seiner Kritik an Jelzins Politik fort.

Was droht, ist eine «*Marktwirtschaft*», die auch wieder nur «kommandiert» wird, ohne auf soliden Grundlagen zu basieren, wie unternehmerischem Können, einer Vielfalt von konkurrierenden Anbietern und einer sozialen Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Verelendung. Wie die ehemalige Sowjetgesellschaft die Einführung einer kapitalistischen Klassengesellschaft bei extremer Polarisierung zwischen Rubelmillionären und Hungernden durchhalten wird, ist eine Frage, von der wir kaum mehr hoffen können, dass sie den betroffenen Menschen erspart bleibe.

Bilanz der «Perestroika»

Es macht den Anschein, als sei der Mann, der am Ende dieses Jahrhunderts die Welt nicht weniger gründlich verändert hat als der Gründer der Sowjetunion, zur *tragischen Figur* geworden. Er hat wohl viel bewirkt, aber im Grunde immer nur das Gegenteil von dem, was er erreichen wollte: nicht die Gesundung der Sowjetunion, sondern ihren Untergang, nicht den demokratischen Sozialismus, sondern den Übergang zu einem ökonomischen Chaos im ganzen ehemals sowjetischen Machtbereich, nicht den Frieden unter den Völkern, sondern den Bürgerkrieg in Jugoslawien und die Gefahr nicht weniger grausamer Konflikte unter den zerstrittenen Nationalitäten im ehemaligen Sowjetimperium.

Dass die USA nach allen Mitteln der *psychologischen Kriegführung* den weltpolitischen Widerpart in die Knie gezwungen, ihm nie die Chance gegeben haben, vom Kriegskommunismus wegzukommen, dass George Bush noch beim Siebner Gipfel im letzten Sommer jede umfassende Hilfe an die von den USA totgerüstete UdSSR verweigert hat, dass nun auch noch die Anerkennung der verbliebenen Republiken von deren Bekenntnis zur «freien Marktwirtschaft» abhängig gemacht werden soll, macht die Sache nicht besser, überführt Gorbatschows Vertrauen in kapitalistische «Friedensdividenden» einer Naivität, vor der ihn sein Marxismus hätte bewahren sollen.

Dieser tristen Betrachtungsweise lässt sich allerdings eine andere entgegensetzen, die auf *bedeutende Erfolge* der «Perestroika» hinweisen kann: Danach ist es Gorbatschow gelungen, die sowjetische Gesellschaft aus ihrer Unmündigkeit zu befreien und das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit nicht nur zu proklamieren, sondern durch den gewiss schmerzlichen Verzicht auf das Macht-, ja Wahrheitsmonopol der alten KPdSU auch tatsächlich durchzusetzen. Aus Gorbatschows Beharren auf dem Vorrang der Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen ergab sich der weitere Verzicht auf die Breschnew-Doktrin, was soviel wie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den bislang «realsozialistischen» Ländern bedeutete. Mit seinen Abrüstungsinitiativen entsprach Gorbatschow als erster Chef einer Supermacht dem friedenspolitischen Konzept einer «strukturellen Nichtangriffsfähigkeit». Dass heute den Völkern der ehemaligen UdSSR ein «Jugoslawien» drohe, sagt zwar Gorbatschow selbst. Aber besteht nicht darin die vielleicht grösste Leistung des letzten Unionspräsidenten, dass es während seiner Regierungszeit, dieser schwierigen Übergangszeit bis zum bitteren Ende der Sowjetunion, gerade dazu nicht gekommen ist? (Ich will damit den Ausbruch ethnischer Konflikte und die blutigen Interventionen von Armee-Einheiten im Baltikum vor dem Sommer-Putsch keineswegs bagatellisieren.)

«Perestroika» ist insofern misslungen, als sie ein Ausdruck der Kreativität und Menschlichkeit des sich erneuernden, *echten Sozialismus* hätte werden sollen. Statt

dessen wurde in Ostmitteleuropa der Kapitalismus eingeführt und sind selbst die Völker der bisherigen Sowjetunion auf dem Weg, mit einem unausgegorenen Marktradikalismus mehr zum Niedergang als zur Gesundung der Wirtschaft beizutragen. «Perestroika» hat insofern den Wettbewerb der Systeme verloren. Die Dritte Welt sieht sich um die Hoffnung auf eine Alternative gebracht, Kuba dem amerikanischen Imperialismus ausgeliefert.

Dass «Perestroika» aber trotz ihrer Kehrtwendung zum Kapitalismus nicht aufgegeben, nicht gewaltsam korrigiert wurde, spricht für den letzten Präsidenten der Sowjetunion. Selbst als die Entwicklung sich offen über das geltende Verfassungsrecht hinwegsetzte, hat Gorbatschow darauf verzichtet, sie im Namen der Legalität aufzuhalten. Eher liess er sich von Jelzin und Co. verabschieden, als auf deren Machenschaften mit Gewalt, selbst mit legaler, zu antworten. Das unwürdige Ende ist darum nicht würdelos, sondern ehrt den einsam gewordenen Mann im Kreml vielleicht mehr als alles, was er getan hat, um den historischen Prozess auszulösen, den er so nicht gewollt, den er als Willen der Völker aber letztlich respektiert hat. Gorbatschow, der sein Amt keiner demokratischen Wahl verdankt, zeigt mehr *demokratische Grösse* als die demokratisch gewählten Diadochen des untergegangenen Weltreichs, die sich nach Lust und Laune um Recht und Gesetz futieren. Ja, Gorbatschow ist auch darin Sozialist geblieben, dass er den Vorrang der Gewaltlosigkeit und der Demokratie respektieren wollte, ohne die es Sozialismus nicht geben kann.

So sieht es wohl auch der entlassene Gorbatschow selbst, wenn er sagt: «Die Hauptidee der Perestroika habe ich, wenn auch nicht ohne Fehler, durchgebracht. Die Aufgabe meines Lebens ist vollendet» (TA, 19.12.91). Dennoch oder gerade darum: Er hätte einen besseren Abgang verdient. Die Respektlosigkeit, mit der ihn jene behandeln, die ihm direkt oder indirekt ihre heutige Stellung verdanken, die Süffisanz auch, mit der eine NZZ den «Abschied von Lenins letztem Erben» (21./22.12.91) feiert, nachdem sie ihm erst «noch einige Tage geben» (20.12.91) wollte, sind für mich Grund genug, jetzt schon gegen die sich abzeichnende *«Geschichte der Sieger»* anzuschreiben.

«Ende schlecht, alles schlecht»?

Was die Neuen Wege 1917 zur Russischen Revolution schrieben, könnten wir heute wörtlich wiederholen: «Der Ruf nach Freiheit ist mächtig erwacht und wird nicht mehr zur Ruhe kommen, einer Freiheit, geschaffen durch das Volk selber. Möge die russische Revolution das Signal sein zum Erwachen aller Völker zu ihrem Freiheitskampf» (NW 1917, S. 155).

Doch welche Tragödie liegt zwischen dem Anfang des sowjetischen Sozialismusmodells und seinem Ende! Die fünfzehn Republiken mit über hundert Völkern, die sich mehr gezwungen als freiwillig zur Sowjetunion zusammenschlossen, wurden nicht befreit, sondern unterdrückt. Dass dazwischen auch der Verteidigungskrieg gegen die *Aggression des Dritten Reichs* liegt, sei nicht verschwiegen. Mit der Roten Armee rettete die Sowjetunion nicht nur sich selbst vor dem organisierten Verbrechen des Nationalsozialismus. Gross war ihr Prestige nach «Stalingrad» auch in den westlichen Demokratien. *Ragaz*, der kompromisslose Kritiker jedes Gewaltsozialismus, sprach damals von der «weltumwälzenden Kraft des russischen Kommunismus», die «zuletzt doch von Christus her» komme.¹ Dass in diesem System nicht alles schlecht war, dass gekämpft, gearbeitet, geliebt wurde, um die Hoffnung auf einen verbesserlichen Sozialismus lebendig zu erhalten, wollen wir dankend anerkennen. Gerade jetzt, wo wieder einmal nichts verächtlicher zu sein scheint als der Misserfolg.

Freilich, die Erbschuld des sowjetischen Systems lag in der *Gewalt*, auf der es von allem Anfang an beruhte und von der es nicht mehr lassen konnte, ohne unterzugehen. Das gute Ziel, an das die überwiegende Mehrheit der «Sowjetmenschen» glaubte, konnte die schlechten Mittel nicht rechtfertigen. Dass so oft das Gegenteil behauptet und vor allem praktiziert wurde, musste früher oder später zum Untergang führen. Dass er so spät, erst nach 74 Jahren gekommen ist, hängt vielleicht damit zusammen, dass dieses System auch Werte verwirklichte, die es nicht eindeutig nur verwerflich, sondern eher ambivalent, jedenfalls nicht ganz ohne eine Perspektive von Hoffnung erscheinen liessen.

Echte Werte haben sich mit falschen ver-

bunden, Gerechtigkeit und Frieden mit Methoden der Unterdrückung und der Gewalt. Lange war nicht klar, ob die schlechten Methoden das gute Ziel verdrängen oder ob umgekehrt das gute Ziel die schlechten Methoden überwinden würde. «1968», das Jahr des Prager Frühlings, bot wohl die letzte Chance für den «real existierenden Sozialismus», sich zu reformieren, mit Demokratie und Menschenrechten sich zu verbinden, auf sie sich zu stützen. Niedergewalzt von Panzern der Warschaupakt-Staaten, völkerrechtswidrig legitimiert mit der (Breschnew-)Doktrin von der «begrenzten Souveränität» der Staaten Ostmitteleuropas, war das Ende des «Prager Frühlings» zugleich der Anfang vom Ende des «real existierenden Sozialismus», auch der Sowjetunion.

«*Corruptio optimi pessima.*» Am schlimmsten ist die Verderbnis des Besten. *Ragaz* hat es immer wieder gesagt, auch im Zusammenhang mit einem Sozialismus, der sich auf die Mittel von Militär und Gewalt verlassen wollte. Ich erinnere an die prophetischen Worte, die *Ragaz* nach der Oktoberrevolution an die Bolschewiken richtete: «Wenn der Kapitalismus sich mit der Gewalt verbindet, so entspricht dies seinem Wesen, aber wenn der Sozialismus es tut, so ist es Abfall von sich selbst; es ist Untreue, und Untreue ist Selbstaflösung. Sozialistischer Mörtel, der mit Gewalt angerührt wird, hält schlecht.»²

«Ende schlecht, alles schlecht?» Machen wir es uns nicht zu einfach (oder zu schwer). Schon *Teilhard de Chardin* sah in «Marxismus und Kommunismus» erst «die embryonale oder gar karikaturenhafte Form eines noch wie ein Neugeborenes plärrenden Neo-Humanismus»³. Für den echten Neo-Humanismus wollen wir weiterhin eintreten und ihn nach wie vor «Sozialismus» nennen. «Von der Sowjetunion lernen» heisst heute, aus Fehlern, Irrtümern, ja Verbrechen lernen, damit Gleiches sich nie mehr wiederhole, damit die Welt wieder eine Hoffnung bekomme, die über die ewige Wiederkehr des Gleichen hinausweist.

1 Die Geschichte der Sache Christi, Bern 1945, S. 57.

2 Sozialismus und Gewalt, Olten 1919, S. 20.

3 Die Zukunft des Menschen, Werke V, Olten/Freiburg im Breisgau 1963, S. 348, Anm. 1.

(Abgeschlossen am 21. Dezember 1991)